

Kommentar zur Konjunktur: Stärkung der Kaufkraft nach milder Rezession

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Herbstprognose 2023 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 6. Oktober 2023 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2023 und 2024 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine Damen und Herren!

Herzlich willkommen zur Präsentation der Herbstprognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Ein herzliches Willkommen auch an die Kollegen vom IHS, insbesondere an Professor Holger Bonin. Das ist heute unser erster gemeinsamer Prognosetermin. Ich freue mich auf viele weitere.

Konjunkturell ist das Jahr 2023 ein Jahr zum Vergessen. Wir müssen die Prognose des BIP-Wachstums von bisher +0,3% auf -0,8% zurücknehmen. Statt Stagnation heuer also Rezession. Damit bietet Österreich ein ähnliches Bild wie die Bundesrepublik Deutschland. Letzte Woche haben die Institute dort ihre Prognose ebenfalls um etwa 1 Prozentpunkt nach unten revidiert, und zwar auf -0,6%. Auch in den Niederlanden und in den mittel- und osteuropäischen Ländern gab es Revisionen ähnlicher Größenordnung.

Der Grund für die Malaise ist ein giftiger Cocktail aus nach wie vor hohen Energiepreisen, stark gestiegenen Zinsen, schwacher Weltkonjunktur und schwindender internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Nach Datenrevisionen sehen wir nun, dass schon seit dem Herbst 2022 rezessive Tendenzen existieren, die sich im II. Quartal 2023 verschärft haben und sich im III. Quartal fortsetzen. Die Frühindikatoren zeigen nun allerdings eine zaghafte Trendumkehr an. Das IV. Quartal wird wohl Stagnation bringen. Anfang 2024 dürfte sich dann die Situation wieder drehen und die rezessive Phase ein Ende finden.

Seit der Dezemberprognose 2022 diagnostizieren wir eine Rezession in der Industrie. Diese hat sich nun verstärkt. Die reale Industriewertschöpfung sinkt 2023 um fast 3% gegenüber dem Vorjahr. 2024 sollte sie stagnieren. Diese Entwicklung zieht den Verkehrssektor ins Minus; dieser dürfte heuer um 5% schrumpfen. Die Bauwirtschaft dürfte 2023 eine Rezession von -2,5% und im nächsten Jahr -3,8% erleben, vor allem getrieben vom privaten Hochbau. Ebenso ist der Handel in die Rezession gerutscht.

Damit befindet sich etwa die halbe Volkswirtschaft in einer rezessiven Phase; eine Reihe von Dienstleistungssektoren wachsen hingegen weiterhin, allen voran der Finanzsektor, aber auch Beherbergung und Gastronomie oder der Telekommunikationssektor.

Die gute Nachricht ist, dass die Rezession in einigen Monaten vorüber sein sollte. Es gibt zwei gute Gründe für diesen Optimismus.

Erstens: Ein nicht unerheblicher Teil der nationalen und globalen Schwäche ist einem starken Lagerabbau geschuldet. Naturgemäß ist dies ein temporäres Phänomen. Sind die Lager einmal geleert, springen Produktion und Welthandel wieder an und bringen neue Impulse, auch nach Österreich.

Zweitens, der private Konsum sollte anziehen. Die nominellen Bruttolöhne steigen 2023 um 8,2%. Bei einer Inflation von 7,7% ergibt das eine Zunahme der Reallöhne heuer um 0,5%, der Netto-reallöhne sogar um 1,1%. 2024 sinkt die Verbraucherpreis-inflation auf 4%, während die Lohnsteigerungen deutlich darüber liegen. Die Netto-reallöhne wachsen dann um satte 4%. Außerdem zeigt sich der Arbeitsmarkt robust. Trotz Rezession steigt 2023 die Beschäftigung um 1% und 2024 immerhin um 0,5%. Aufgrund von Zuwanderung nimmt die Arbeitslosenquote trotzdem zu, allerdings nur sehr leicht. Stabile Beschäftigung und steigende Reallöhne sollten den Konsum beleben. 2023 wächst dieser trotz Rezession real um 0,8%, 2024 dann um 1,8%.

Allerdings existiert ein Risiko: Viele Unternehmen horten ihre Beschäftigten und setzen sie trotz Krise nicht frei. Durch stark steigende Löhne wird dies nun teurer. Wenn große Leitbetriebe Beschäftigte entlassen, könnte es breit zu Jobabbau kommen, weil die Angst vor Arbeitskräfteknappheit sinkt und die Anreize für "Labour Hoarding" zurück gehen. Höhere Arbeitslosigkeit würde die Konsumlaune deutlich senken.

Auch wenn die Rezession zeitlich beschränkt bleiben dürfte, hinterlässt sie deutliche Spuren. Weil die Bevölkerung von 2019 bis 2024 um 3,4% wächst, wird wohl auch am Ende unseres Prognosezeitraums im IV. Quartal 2024 der Realwert des BIP pro Kopf – ein valides Wohlstandsmaß – nur knapp über dem Niveau vor dem Beginn der COVID-19-Krise liegen. Damit ist die Wirtschaftsdynamik Österreichs einen Schatten besser als in Deutschland, aber deutlich schlechter als etwa in den Niederlande, Spanien, Frankreich oder Italien.

Verbunden damit: Trotz Bevölkerungswachstum nehmen von 2019 bis 2024 die geleisteten Arbeitsstunden um 0,8% ab. Bevölkerungszunahme bedeutet höhere Nachfrage; weniger Arbeitsstunden bedeuten letztlich weniger Angebot. Was das für die Inflationsentwicklung bedeutet, ist leider klar.

Ein Wort zu den öffentlichen Finanzen. Wir rechnen mit einer Neuverschuldung nach Maastricht-Kriterien von heuer 2,4% des BIP und im nächsten Jahr 1,6%. Wie immer ist das unter der "No-Policy-Change"-Annahme gerechnet. Andere Länder fahren sehr viel höhere Budgetdefizite. Die USA und Frankreich etwa erwarten eine Neuverschuldung von ca. 5% des BIP, Spanien von über 4%.

Wo es nach wie vor großen Handlungsbedarf gibt, sind die Treibhausgasemissionen. Diese dürften heuer um 2,4% sinken, nächstes Jahr um –0,6%. Damit liegen sie im Jahr 2024 ungefähr um ein Fünftel über dem linearen Abbaupfad, den das Ziel der Bundesregierung, 2040 Netto-Null zu erreichen, vorgibt.

Die Regierung sollte diesen Umstand in der aktuellen konjunkturellen Lage zum Anlass nehmen, die energetische Gebäudesanierung zu fördern, etwa mit neuen steuerlichen Anreizen. Sanierungsvorhaben der Bundesimmobiliengesellschaft sollten vorgezogen werden. Außerhalb sollte der gemeinnützige Wohnbau unterstützt werden. Das würde die Bauwirtschaft stabilisieren und helfen, Kapazitäten, die für die Umsetzung der Energiewende wichtig sind, zu sichern. Es geht aber nicht nur um Geld, sondern auch um Rechtssicherheit, etwa durch das Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Die Investitionen machen uns Sorgen. 2023 und 2024 stagnieren die Ausrüstungsinvestitionen. Auch hier könnte der Staat Impulse setzen. Etwa durch Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, durch Forcierung des Ausbaus der Erneuerbaren oder durch schnellere Abschreibungen. Die Finanzierung könnte durch eine Rekalibration des Energiekostenzuschusses 2 (EKZ 2) erfolgen. Die Investitionsschwäche deutet auf eine Standortchwäche Österreichs hin. Hohe Preissteigerungen belasten den Standort ebenfalls und führen zu hohen Lohnabschlüssen. Unser Prognoseszenario zu diesem Aspekt erklärt Ihnen jetzt mein Kollege Stefan Schiman.

Wien, am 6. Oktober 2023

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.